

KOOP - Bildungsbörse - WISSENSCAFE:

Stadthelferzentrum
Vogesenstrasse 110
4056 Basel - St. Johann

Eintritt/Teilnahme frei
Anfragen an M. Herzog, 061 831 80 15,
hewww@brainworker.ch

Vor- und Nachteile der Plan- und Marktwirtschaft:

Wo's um die Zukunft geht, sind auch Planer Spekulanten

[Paul Cockshott, Allin Cottrell: *Sozialistische Planwirtschaft ist möglich* [1993]]

Geplant wird überall, in der Wirtschaft eigentlich mehr als in der Politik. Es fragt sich also, was denn so schlecht an Planwirtschaft sein soll, wo Wirtschaftsplanung unumgänglich ist?

Zudem haben beide Systeme eigentlich die selben Oberziele: **rationale Produktion mit maximalen Steigerungsraten, im einen Fall Mehrproduktion, im andern Wachstum genannt.** Sozialismus plant nach Bedarf, dem Bedarf, den die Planungselite als vorrangig betrachtet. Kapitalismus plant nach dem, was ihrer Elite am wichtigsten ist: Der Kapitalvermehrung. **In beiden Fällen gilt allerdings Effizienz und Produktivität gleichermassen als Synonym von Wohlstand.**

Die Zentralverwaltung der Planwirtschaft muss global agieren können, anerkennt also keine regionale oder nationale Souveränität - genau so wenig wie der globale Markt. Der Markt ist sog. "Selbstorganisierend", d.h. er organisiert sich nach Massgabe der sog. Marktgesetze. Wer diese kennt und nutzen kann (meist braucht es dazu sehr viel Geld) profitiert, die andern bleiben den Regeln unterworfen und haben kein Einspruchrecht. Das haben sie allerdings auch in der Planwirtschaft nicht, denn dort entscheiden Planungsgremien wo und was sie arbeiten. Eine Pflicht zur Arbeit herrscht in beiden Systemen. In der Planwirtschaft, weil sonst die Planer zugeben müssten, dass sie am Ziel der Vollbeschäftigung vorbeigewirtschaftet haben, in der Marktwirtschaft, weil sonst deren Adepten zugeben müssten, dass Märkte eben doch nicht so effizient sind und ab und zu beträchtlichen Unsinn erzeugen.

Der Markt ist ein anonymer Automat. Für die einen ein einarmiger Bandit, für die anderen eine Schmiede, für noch andere ein Konsumtempel, der sie mit allem versorgt, das sie sich wünschen (oder vielmehr leisten können)

Planung versucht Ziele zu verwirklichen.

Macht bestimmt, welche Ziele.

In staatlich gelenkten Wirtschaften bestimmen also die Wirtschaftsplaner - im Kapitalismus die Finanzplaner. Für die meisten Beteiligten, also nicht an der Planung beteiligten sondern erst danach, dürfte es also doch eher wurscht sein, um welches System es sich handelt.

1. Markt

1.1 Kapitale Produktion: Branchen und Betriebsstrukturen als Grundlage ungleicher Löhne

Probleme:

Zunächst einmal tendiert der Kapitalismus dazu, krasse Ungleichheiten im Einkommen, Wohlstand und in den Lebensperspektiven zu schaffen.

Eine Arbeiterin ist ausgebeutet, wenn ihr Lohn weniger wert ist als das von ihr hergestellte Produkt.

Lösung 1:

Zeit-Lohn - Alle Zeit ist gleichwertig. Problem: Die Zeit schon, aber die Erträge nicht:

Was verursacht tatsächlich die Ungleichheit in der gegenwärtigen Gesellschaft? Die wichtigsten Gründe sind:

Markt (v. lat.: *mercatus* Handel, zu *merx* Ware) bezeichnet im engeren Sinne den Ort, an dem Waren regelmäßig **gehandelt** oder **getauscht** werden (Handelsplatz). Im weiteren Sinne bezeichnet der Begriff heute das geregelte Zusammenführen von Angebot und Nachfrage von Waren, Dienstleistungen und Rechten.

Ein Markt erfüllt folgende **Funktionen**:

- **Versorgung**
- **Koordination**
- **Preisbildung**
- **Verteilung**

- (1) Ausbeutung der Arbeitskräfte
- (2) Vererbung des Reichtums durch eine Minderheit
- (3) Arbeitslosigkeit
- (4) Gebrechen und Alter
- (5) "Ökonomische Benachteiligung der Frauen
- (6) Unterschiede in Kenntnissen und Fähigkeiten

Lösung 2:

Quersubventionierung ungenügender Löhne (Unterstützung, Ausgleichszahlungen, ...

*In den gemischten "Ökonomien, die bislang existiert haben, blieb der sozialistische Sektor dem kapitalistischen untergeordnet. Das heißt, Ware und Lohn sind die primären Organisationsformen für die Produktion und die Bezahlung der Arbeit geblieben. "Sozialistische" Aktivitäten waren darauf angewiesen durch **Steuereinkommen** aus dem kapitalistischen Sektor finanziert zu werden, was **bedeutete, dass die Möglichkeiten "Wohlfahrtsmaßnahmen" und "kostenlose" Grunddienste auszudehnen, vom Gedeihen des kapitalistischen Sektors und der Steuerbasis abhängig geblieben sind.***

Zwang zur Produktion von Ueberschüssen, also Wachstum, auch durch Renten- und Subventionswirtschaft, nicht bloss durch Zins:

*Das "Mehrprodukt" andererseits besteht aus einem Teil, der dazu genutzt wird um die nicht-produzierenden Mitglieder der Gesellschaft zu unterhalten (ein bunt gemischter Haufen, der sich aus müßigen Reichen, Politikern, Soldaten bis hin zu Arbeitern im Ruhestand zusammensetzt) und dem Teil, der zur Nettoausweitung des Bestandes der Produktionsmittel dient. Jede Gesellschaft, die in der Lage ist, den Unterhalt nicht-produktiver Mitglieder und ökonomisch eine fortschreitende Steigerung der Nettoinvestitionen zu gewährleisten, muss über Mittel verfügen, um die **unmittelbaren Produzenten dazu zu bringen oder sie zu zwingen mehr zu produzieren als sie benötigen um sich selbst zu erhalten.***

Grundlohn: Ueberschüsse woher

Im Feudalismus war die Aneignung des Mehrproduktes für alle offensichtlich. Die spezifischen Formen waren vielfältig, aber typisch war, dass die Bauern für einige Tage auf ihrem eigenen Feld arbeiteten und den Rest der Woche auf dem ihres Herren. Alternativ

Im Kapitalismus dagegen ist die Aneignung des Mehrproduktes - in der Form von Arbeitsverträgen - unsichtbar.

Dennoch sind die Löhne der Arbeiter beträchtlich niedriger als der Gesamtwert der Produkte, die sie hervorbringen: Dies ist die Basis von Marx' Theorie der Ausbeutung.

Eines der wichtigen Ziele des Sozialismus besteht darin die großen Unterschiede in Einkommen, Rechten und Möglichkeiten, die dem Kapitalismus inhärent sind, zu überwinden.

*Ungleiche Einkommen sind nötig um Anreize dafür zu schaffen, dass die Leute hart und effektiv arbeiten; **unabhängig von ihren ursprünglichen Absichten werden sogar sozialistische Länder feststellen müssen, dass sie Ungleichheiten einführen müssen, damit die "Oekonomie funktioniert.** Es ist interessant zu sehen, wie die Verteidiger der sozialen Ungleichheit davon ausgehen, dass die Reichen auf ganz andere Anreize reagieren als die Armen. **Wenn die Reichen sich überreden lassen zu arbeiten, beanspruchen sie einen Stimulus für noch größeren Reichtum. Deshalb ist es ihnen so wichtig die Steuern auf hohe Einkommen zu senken.** Wenn es jedoch um die Armen geht, wird daran festgehalten, dass der Arbeitsanreiz keinesfalls etwa in der Aussicht auf noch größere Armut besteht; deshalb wird sehr darauf geachtet Leistungen, auf die sie Anspruch haben, strikt zu begrenzen.*

2. Systeme

[2.1 Die Basisunterscheidung: System und Umwelt]

> vertagt. Mindestens 1 Abend nötig.

- Fehlende Information, fehlende freie Preisbildung - Fehlen des freien spielerischen Elementes des Marktes
- <http://www.handelsakademie.at/material/vwl/Wirtschaftsordnungen.doc>
- [Systemanalyse](#)
- [Typen von Systemen und Modellen](#)
- [Der Vorteil komplexer sozialer Strukturen](#)
- [Das Problem der Auswahl](#) von Umwelt, Kontext, wichtigen Faktoren etc.]

2.2 Wirtschaftsform: Gleiche Zielwerte bei Kapitalismus wie Kommunismus/Sozialismus

Fetisch des BSP:

Die jährliche Arbeitsleistung einer jeden Nation ist der Fundus, auf dem alle lebensnotwendigen Erfordernisse und Annehmlichkeiten des Lebens beruhen, die jährlich konsumiert werden. (Adam Smith, Reichtum der Nationen).

Fetisch Produktivität als Wohlstand:

Unser Kulturfortschritt ist durch die Zeitökonomie bestimmt. Je größer der Zeitaufwand und die Anstrengung, die eine Gesellschaft aufbringen muss, um die notwendigen Dinge oder Dienstleistungen zu erzeugen, desto ärmer wird sie sein und so weniger vermag sie die Annehmlichkeiten, die Künste und die Kultur, das, was wir unter dem Begriff Zivilisation verstehen, hervorzubringen. So ist jeder frühzeitige Einsatz von arbeitszeitsparenden Maschinen eine wirtschaftlicherere Nutzung der Zeit. Wie die Erfahrung der letzten zwei Jahrhunderte zeigt, ist dies der tiefere Grund für den wachsenden Wohlstand der Industrienationen.

*Das einzige **erstrangige Ziel**, das sich kapitalistische Regierungen setzen, ist die **Wachstumsrate**. Dies betrifft die angehäufte Fähigkeit der Wirtschaft Bedürfnisse zu erfüllen, aber im Prozess der Anhäufung kann eine Menge versteckt sein. Was bedeutet eine Wachstumsrate? Als "reales Wachstum" wird gewöhnlich das Wachstum des Gesamtgeldwerts des Produktionsausstoßes minus Inflationsrate angesehen. Was das wirklich bedeutet, ist eine andere Sache.*

*Kann man sagen, dass, wenn die Wirtschaft um 5 Prozent wächst, das menschliche Glück um 5 Prozent wächst? Was ist, wenn das **Wachstum auf Kosten der Lebensqualität oder der sozialen Gleichheit** geht? Was ist, wenn der Preis dieses Wachstums die **Verschmutzung von Luft und Gewässern** ist und auf wessen Kosten steuert der gemessene Output der Wirtschaft einen wirklichen Anteil zum Glück bei? **Führt Wachstum in der Werbung oder im Geldverleih wirklich zu einem Anwachsen der Befriedigung irgendeines anderen als desjenigen, der direkt davon profitiert?***

s. [Glückindizes](#)

2.2.1 Aussenhandel

*Langfristig sollte Handel als solcher zwischen sozialistischen Ländern gar nicht stattfinden. **Handel setzt weiter, außer dem Staatseigentum, die Existenz verschiedener Eigentume voraus, und in einer sozialistischen Weltökonomie sollte dies nicht sein. Statt dessen könnten wir ein System ansteuern, in dem produktive Ressourcen und Produkte internationalen Organisationen gehören.***

... der Boden, seine Schätze, die Gewässer, die Wälder, die Werke, die Fabriken, die Gruben, die Bergwerke, der Eisenbahn-, Wasser und Lufttransport, die Banken, das Post- und Fernmeldewesen, ... sowie die Kommunalbetriebe und der Wohnungsgrundfonds in den Städten und Industrieorten staatliches Eigentum, das heißt Gemeingut des Volkes sind.

Die unterschiedlichen Nationalitäten der UdSSR waren nicht durch internationalen Handel miteinander verbunden, obwohl sie an der internationalen Arbeitsteilung teilnahmen.

Dies war deutlich sichtbar, z.B. Problem in Tadschikisten Holz aus Sibirien zu erhalten - Problem illegale Holzlieferungen aus Sibirien nach China zu unterbinden.

Oel in Aserbeidschan und Baumwolle in Kirgisien wird als Vorteil angesehen - ist aber nur verwertbar bei Handel - und wurde überbetont durch Stalin - also eigentlich im Widerspruch zu den eigenen Lehren.

2.3 Wirtschaftszyklen und Aussenhandel

Wirtschaftszyklen sind vor allem abhängig von Neuheiten Innovationen, technischem Fortschritt und dem dadurch bedingten Wachstum - oder Schrumpfen. Es gab sie bereits im [Mittelalter](#). Von besonderer Bedeutung für das Wachstum sind aber die langen Wellen nach [Kondratieff](#), **Wellen**, in denen unterschiedliche Industrien eine führende Rolle spielten: 1 Textilien (Baumwolle) - Dampfmaschine, 2 Stahl-Eisenbahn, Schwermaschinen, 3 Elektrotechnik, Chemie, 4 Petrochemie, Autos, 5 Elektronik. Der Erfolg jeder Industrie hing von ihrer Fähigkeit ab, diese Pionierindustrien schnell zu entwickeln. Die ersten beiden Wellen brachten Großbritannien nach vorne, die dritte und vierte Deutschland, die Massenproduktion von Automobilen und langlebigen Gebrauchsgütern brach sich in den USA Bahn und **mit der Elektronik hat sich die führende Rolle nach Ostasien verlagert**. Der 6. Kondratieff wird erst für ca. 2020 erwartet mit **Gesundheit und Bildung - Molekulartechnik - Nanorobotik und Quantencomputer?**

2.4 Gesellschaftsform

2.4.1 Teilnahme und Arbeitslosigkeit

Da eigentlich alle unsern Wohlstand, Resultat von Arbeit, Innovation und Investition loben, und das Ausmass klar als nie dagewesen bezeichnen, gäbe es eigentlich ausreichend Spielraum für eine sinnvolle Verteilung der vorhandenen Arbeit, also keinen Grund für Arbeitslosigkeit - wäre da nicht die Funktion von Arbeitslosen als Lohndrücker (*Gewöhnlich gibt es für jede Arbeit so viele Bewerber, dass, wenn jemand versucht über den Lohn zu verhandeln, ein anderer kommen wird um ihn zu unterbieten*), Inflationsbremse und zur Disziplinierung. Letzteres noch stärker bei der Sozialhilfe.

Eine zweite wichtige Quelle für Ungleichheit ist die Arbeitslosigkeit. Menschen mit einer Arbeit vergessen leicht oder sehen nicht, wie sehr das Einkommen sinkt, wenn man arbeitslos ist. Dutzende von gewöhnlichen kleinen Ausgaben, bei dem ein in Lohn und Brot stehender sich nichts weiter denkt - Kauf einer Kaffeetasse, Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Kinobesuch - erscheinen plötzlich als unerhört teuer. Langzeitarbeitslose, die ihre begrenzten Ersparnisse aufgebraucht haben oder die nie die Gelegenheit zu einer bezahlten Beschäftigung hatten, sind von staatlichen Zuschüssen abhängig, die so kalkuliert sind, dass sie gerade zum Überleben reichen.

Löhne.

*Vollbeschäftigung bedeutete eine beispiellose Periode stetig steigender Löhne. Nach einem halben Jahrhundert der Stagnation stiegen die realen Nettolöhne fast auf das Doppelte. Aber in derselben Periode halbierte sich der Profitanteil von 23,4 % im Jahr 1950 auf 12,1 % im Jahr 1970 (Bacon und Eltis, 1978). Mit anderen Worten: **die Arbeiter nutzten die Knappheit an Arbeit um ihre Ausbeutung zu verringern**. Versuche der Unternehmen ihren Profit durch Preiserhöhung zu sichern, führten zur Inflation. Seit Mitte der 70-er Jahre akzeptierten Politiker beider führenden Parteien, dass eine **Vollbeschäftigungspolitik nicht praktikabel** sei und dass eine Wiederaufnahme wieder eine **Inflation** auslösen würde. Eine Wirtschaft, die auf systematischer Ausbeutung der Arbeiter beruht, erfordert einen Überschuss auf dem Arbeitsmarkt und somit Arbeitslosigkeit. Einen logischen Grund dafür, dass Arbeitslosigkeit zu Armut und Entbehrung führt, gibt es nicht. Eine zivilisierte Gesellschaft könnte bei Arbeitsmangel denjenigen, die zeitweilig untätig, jedoch arbeitswillig sind, ein anständiges Einkommen zukommen lassen. Warum sollte jemand, der ohne eigene Schuld untätig ist, eine Minderung seines Einkommens hinnehmen müssen? Wenn - wie viele irrtümlich glauben - die Ursache von Arbeitslosigkeit im technischen Wandel, im Vormarsch von Robotern und Computern läge, gäbe es keinen Hinderungsgrund für solch eine rationale und humane Politik. Aber **Arbeitslosigkeit ist politisch gewollt**. Nachdem Regierungen nun einmal die **Arbeitslosigkeit als permanente Notwendigkeit für die Regulierung des Arbeitsmarktes akzeptiert hatten, setzten sie alles daran die Arbeitslosen zu erniedrigen**. Von Jahr zu Jahr wird das Niveau der staatlichen Zuschüsse zurückgefahren, während die Bedingungen für ihren Erhalt immer mehr verschärft werden.*

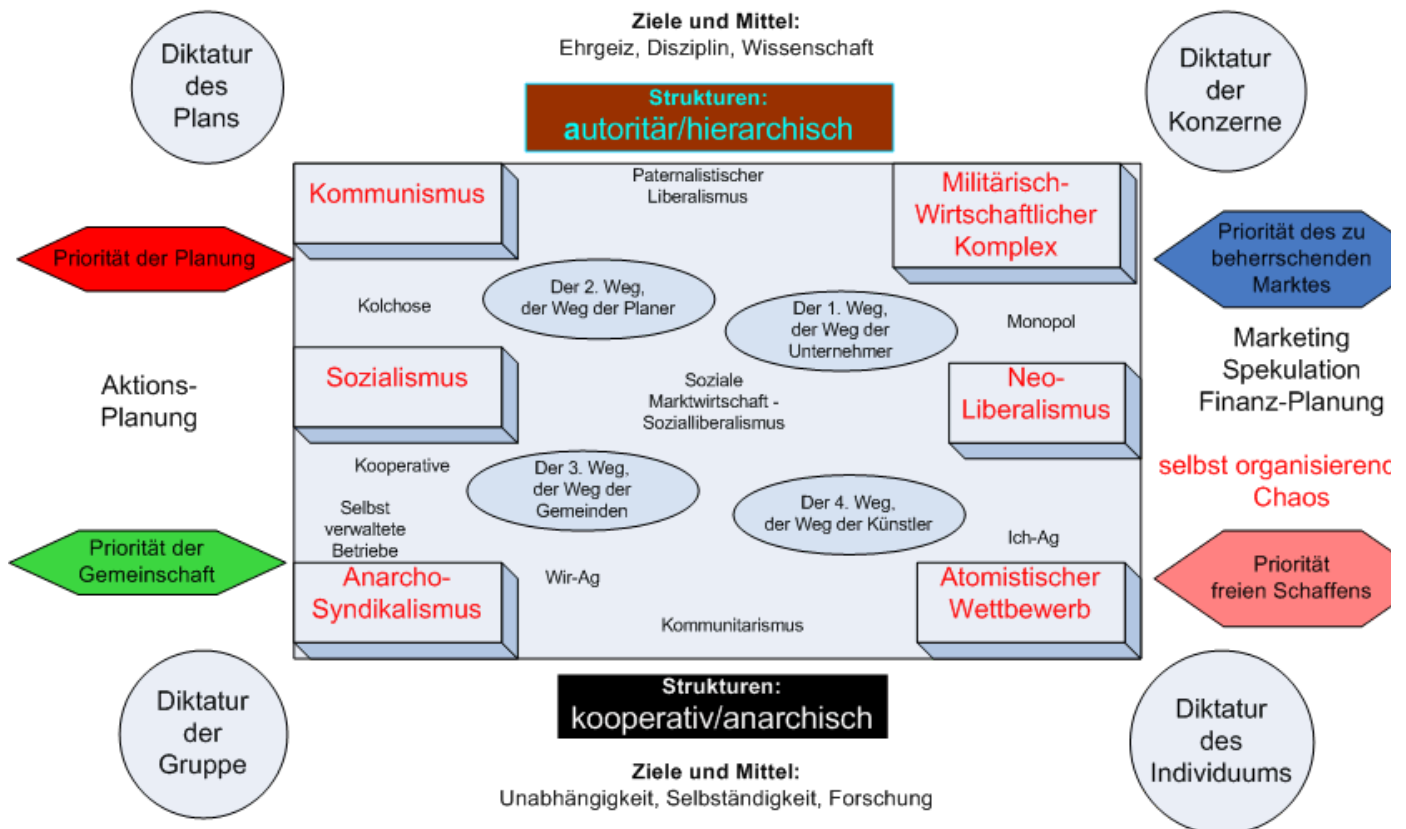
3. Macht und Wirtschaft

Irgendwer schafft immer Ordnung - und die herrschende Ordnung bestimmt, wo die Macht sitzt, und die sitzt immer, in jedem System irgendwo, und lässt sich immer, in jedem System ausnutzen, wenn die zugrunde liegende Ordnung bekannt ist. Wir können grob 4 Fälle von Machtausübung in Politik und Wirtschaft unterscheiden:

1. Die Macht der geschriebenen, zielorientierten Ordnung, des Planes
2. Die Macht des Geldes
3. Die Macht der Gesellschaft und ihrer Gruppe
4. Die Macht des Individuums

Jede Form kann in Diktatur ausarten. Jede Form bedarf also ausgleichender Elemente.

Wirtschaft und Politik zwischen Planung und Chaos, zwischen Diktatur und Freiheit



3.1 Wallerstein: Zentrum und Peripherie

Vor ca. 20 Jahren gab es in den USA eine akademische Bipolarität zwischen zwei Theorien der Herrschaft. [Immanuel Wallerstein](#) vertrat die Theorie, dass Herrschaft vor allem im Aufbau eines Zentrums - und der Beherrschung oder Ausnutzung der Peripherie bestehe, während dem [Carroll Quigley](#) Herrschaft eher durch Instrumente der Expansion, also Wachstum begünstigt sah:

Wallerstein nutzte einen dialektischen Ansatz. Für ihn gab es vor allem zwei Typen von Weltherrschaft, die politische unter einer zentralen Regierung, und die wirtschaftliche, ohne zentrale Regierung. Weltherrschaften waren Persien, Ägypten, Byzanz, Rom, das Osmanische Reich und Russland. Eine Weltökonomie ist eine Oekonomie mit vielen Kulturen - aber ohne umfassenden Staat. Die wirtschaftlichen Prozesse werden also durch einen Markt verbunden, nicht durch einen umverteilenden Staat. Es gab Welt-Wirtschaften vor der modernen kapitalistischen Weltwirtschaft, so im Indischen Ozean, bei den kleinen Norditalienischen Stadtstaaten, Flandern und Norddeutschland - und den Vorgängern der Weltreiche Ägypten, China, Persien, Rom und Byzanz. Diese Wirtschaften waren sehr instabil und zerbrechlich und überdauerten meist weniger als 100 Jahre. Wallersteins analytisches Instrument ist die Unterscheidung von Kern(-Staat) und Peripherie (do Headquarter - Produktion, Hauptbetrieb - Zulieferer). Kernstaaten haben komplexe Strukturen, überlegene Technologien, und sind fähig, Produktion, Transport und Kommunikation zu kontrollieren, während die Peripheriestaaten politisch nur schwach organisiert sind und wirtschaftlich meist von Rohstoffen/natürlichen Ressourcen (incl. Landwirtschaft) abhängen. Kernstaaten beuten Arbeit und materielle Ressourcen (Rohstoffe) der Peripherie aus und zweigen für sich einen überproportionalen Anteil des Mehrwertes ab. Das System entwickelt sich zur Hegemonie - und es entsteht politischer Druck, die Polarisierung zu verringern. Die Rolle der Politik kann nicht durch Wirtschaft ersetzt werden. Wallerstein sieht einen Zusammenbruch des Kapitalismus durch strukturelle Krisen voraus und die Schaffung einer sozialistischen Weltregierung (was seine Kritiker als Wunschdenken interpretierten).

Apropos Wunschdenken, sieht man genauer hin, was Experten, also Ökonomen wie Politiker zur Zukunft des Kapitalismus sagen, wenn sie nicht gerade auf PR-Tour sind, so ist der Eindruck ziemlich eindeutig: Dieses System kann so nicht überleben - ohne sozialen Ausgleich, ohne einen beträchtlichen Anteil an "Sozialismus".

Gegenwärtig wird die Lösung allerdings noch immer im Wettbewerb, also der Herrschaft der Sieger über Besiegte gesucht. Zu diesem Modell passt, als präzise Realisierung von Wallersteins Herrschafts-Zentrum, die *global city*, die Bauern und Landschaft, von der 3. Welt gar nicht zu reden, wieder zu Untertanen macht.

3.2 Quigley: Expansion und Hegemonie

Für Quigley war das wichtigste Instrument umd Weltsysteme zu untersuchen, die Exansion (= Wachstum). Seine zwei stärksten Antriebe sind der Drang, neues zu erfinden (Innovation) + die Akumulation von Mehrwert.

Durch eine historische Analyse fand er 7 Entwicklungsphasen:

1 **Durchmischung:** Jede Gesellschaft oder Zivilisation beginnt mit einer Mischung von zwei oder mehr Kulturen. Die Kontaktzone ist oft die Zone wirtschaftlicher Entwicklung.

2 **Verwaltung:** Mehrwert durch Produktion wird angespart - und reinvestiert.

3 **Expansion:** Das wirtschaftliche und/oder politische System wächst, Kern und Peripherie entwickeln sich getrennt.

4 **Zeitalter des Konflikts:** Wenn die Expansion (Wachstum) nachlässt entstehen monopolistische Ansprüche und Kriege. Vergangene Konfliktzeiten waren 1300-1430 - der hundertjährige Krieg, 1650-1815 und das ganze 20. Jahrhundert. Stärker periphere Staaten dominieren in dieser Phase über die weniger peripheren Staaten. Dafür gibt es zwei Gründe:

- Die materielle Kultur setzt sich leichter durch als eine nichtmaterielle Kultur. Die Peripherie wird also materialistischer als die weniger peripheren Gebiete, während dem die letzteren viel mehr Zeit, Geld, Energie und Aufmerksamkeit auf militärische, politische und wirtschaftliche Dinge verwenden. (Euro-Amerika z.B.)
- Der Prozess der Evolution findet in den zentralen Gebieten früher statt, so dass diese durch Klassenunruhen, Unbeweglichkeit und Widerstand von Institutionen gestört werden.

5 **Universales Reich** [Das goldene Zeitalter]: Die Zerstörungen enden, die inneren Wirtschaftsgrenzen fallen, ein gemeinsames System von Gewichten, Massen und Münzen entsteht, grosse Regierungsausgaben - aber ohne Ausdehnung (Wachstum), da es kein wirkliches Instrument der Ausdehnung mehr gibt.

6 **Verfall:** Wirtschaftlicher Niedergang führt zu Desinteresse an politischer Partizipation. Religiöse, intellektuelle, soziale und politische Ebenen beginnen im grossen Stil die Unterstützung der Massen zu verlieren.

7 **Invasion:** Die stärkere Zivilisation übernimmt.

Def. "**Hegemonie**": Führerschaft die ihre Regeln und Wünsche mit Leichtigkeit ändern auferlegen kann, sei es auf politischen, wirtschaftlichem, militärischem, diplomatischem, ja sogar kulturellem Gebiet. Der Vorsprung ist so gross, dass sogar befreundete Nationen zu **Klientel**staaten (Hörige, Schützlinge) werden und opponierende Grossmächte in die Defensive gedrängt werden.

Historisch hatten solche Hegemonialmächte jeweils erst eine Uebermacht in der landwirtschaftlichen Produktion, dann im Handel, dann im Finanzbereich.

Das einzige wahre soziale System neben Weltsystemen ist das Minisystem, die kleine isolierte Gesellschaft die autonom, also auf Subsistenzbasis lebt (also doch das Urmodell der meisten Utopien ...)

3.3 Die beherrschte und ausgenutzte Peripherie

*Zum Vergleich mag es nützlich sein kurz die **Gründe** zu betrachten, aus denen ein fortgeschrittenes kapitalistisches Land es für wünschenswert halten kann die "Entwicklung" wenig entwickelter Länder (WEL) zu stimulieren. Wir können vier Arten von Gründen unterscheiden:*

1. um billig zu erhaltende Arbeit (was auch zum Drücken der Löhne in den Metropolen benutzt wird) in den WEL auszubeuten. Das mag den Bau von Fabriken und einiger Infrastruktur mit einschließen, aber die Arbeit, die an solche Länder verpachtet wird, ist wahrscheinlich unqualifiziert (Zusammenbauen o.ä.). + Papierlose als Lohndrucker und Billigarbeiter in den Herrschaftsländern selbst.

*2. um **Quellen für Roh- und Ausgangsstoffe** zu entwickeln. Auch hier mag der Aufbau von Industrien der WEL bis zu einem gewissen Grade mit eingeschlossen sein (z.B. Minen und Plantagen). Aber solch eine Entwicklung birgt das Risiko in sich, dass die WEL in eine Abhängigkeitsbeziehung geraten, wenn sie sich auf Exporterlöse für ein Produkt oder wenige Produkte verlassen müssen und so besonders anfällig gegenüber ungünstigen Bewegungen der Terms of Trade werden. Außerdem kann natürlich die in großem Maßstab betriebene Extraktion natürlicher Ressourcen zu Umweltzerstörungen führen.*

*3. um in den WEL Märkte für die Produkte der Metropolen zu entwickeln. Dieser Grund wurde von Rosa Luxemburg betont, die argumentierte, dass fortgeschrittene kapitalistische "Ökonomien aus inneren Gründen von **Überproduktionskrisen** heimgesucht werden, wenn nicht fortlaufend neue Märkte erschlossen würden.*

*Fehlt ein ausgebildeter Sinn für eine supranationale Gemeinschaft, die ihren Gegenpart in aufgeteilten staatlichen Institutionen hat, wird ein System von Entwicklungstransfers für die entwickelteren Nationen als Nachteil wahrgenommen. **Nationale Ressentiments** gegen die weniger entwickelten entwickeln sich.*

Wie wir oben ausgeführt haben, liegt es im Interesse des sozialistischen Systems als Ganzem, dass verschiedene

sozialistische Länder ihre Ökonomien einem internationalen Planungssystem unterordnen. Dies schließt einen Verzicht auf nationale Souveränität ein. In der kapitalistischen Welt sind durch die Internationalisierung der Weltökonomie die Nationalstaaten ebenfalls mit einem Eingriff in ihrer Souveränität konfrontiert und zwar in der Form von Liberalisierung des Handels, der wachsenden Rolle der Multis und der Bildung internationaler Protostaaten wie der EU.

Von da her ist es eigentlich allen klar, die nicht den sozialdarwinistischen Neoliberalismus anbeten, dass der Markt alleine als Orientierung nicht ausreicht. Aber - können wir deshalb unbesehen Kommunismus oder Sozialismus als Alternative übernehmen? So einfach ist die Sache leider auch nicht, vor allem weil der Planwirtschaft das Experimentelle des Marktes fehlt, was vor allem Preisbildung wie Innovation erschwert.

4. Sozialismus

Sozialismus war für Marx eine Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in der das Eigentum zwar noch zum grossen Teil privat ist, aber nebst der Entwicklung der Vermögen die Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Mitglieder höhere Bedeutung gewann. Den Sozialismus oder Kommunismus auf "Planwirtschaft" zu reduzieren ist also ein rhetorischer Trick (s. Eristik).

Hier also zuerst mal die wichtigsten Probleme des Kapitalismus und die wichtigsten Ziele des Sozialismus:

4.0 Probleme des Kapitalismus

1. Die **Entpersöhnlichung des Kapitals**: Diese bringt zwar höhere Erträge, da Sympathien und Antipathien absolut keine Rolle mehr spielen - entledigt aber das Kapital auch von seiner Verantwortung.

Mit den GmbHs wird Eigentum von der Kontrolle getrennt. Der Kapitalist als Organisator und Kontrolleur des Produktionsprozesses wird auf einen (wenn auch gut bezahlten) Funktionär reduziert, während der Kapitalist als Eigentümer auf einen funktionslosen Rentier reduziert wird.

Die Möglichkeit, privates Kapital von Fremden, denen das Kapital nicht gehört (**Manager** genannt), erfolgreich bewirtschaften zu lassen, zeigt auch, dass sich Volkskapital eben so profitabel bewirtschaften liesse: [Der Erfolg der Kapitalgesellschaften widerlegt Überlegenheit des Privatbesitzes über Staats- oder Gemeinschaftseigentum.](#)

1. Die **Lockerung der Beziehung von Geld- und Finanzmärkten von der Realwirtschaft** führt zum Kasinokapitalismus - für dessen Bankrott heute die Steuerzahler aufkommen müssen.
2. Die **Trennung der Betriebs-Wirtschaft von Volkswirtschaft und Politik**: Hier wird die Oekonomie, also die Ordnung des Hauses, reduziert auf unterschiedlichste Teilordnungen von kleinen Festungen, die sich gegenseitig bekriegen (Wettbewerb). Die "Bauern", die zwischen den Festungen hin und hergeschoben werden, tragen die Folgen dieser Kriege, wie schon immer.
 1. Wo diese "Bauern" eben kein Land mehr haben, von dem sie zumindest auf Subsistenzniveau leben können, muss der Staat für die Vernichtung von Arbeitsplätzen einstehen. Die Finanzierung der vom Markt ausgeschlossenen, sei sie auf Grund "normalen" Wettbewerbs oder übermässiger Anwendung von Marktvorteilen (speziell Economy of Scale), müssten eigentlich von den Verursachern getragen werden, und das sind nun mal meist nicht die Betroffenen, denen heute die alleinige Schuld zugeschoben wird. Da sich die Wirtschaft aber der Politik gerne entledigt, oder, noch besser, diese zur Dienerin gemacht hat, kann sie ihr leicht die finanziellen Mittel entziehen, um für die Schäden der Wohlstandsvermehrung aufzukommen. Bedingung dafür ist natürlich, dass die Schuld glaubhaft den Betroffenen zugeschoben wird.
 2. Das Beharren der Wirtschaft, jeglicher Einfluss anderer Steuerungssysteme auf die Wirtschaft sei für diese schädlich, ist eine Verweigerung einer dringend notwendigen Anpassungsleistung im Interesse der Funktionalität und des Ueberlebens des Gesamtsystems Volk oder/und Erde. Das Teilsystem Wirtschaft schädigt nach wie vor andere Systeme und verweigert sogar, Rückmeldungen über Störungen ernst zu nehmen und solche Störungen zu beheben, oder zumindest dafür zu bezahlen. Die Kosten werden Individuen und der Gesellschaft übertragen:
 1. [Die aktuelle Finanzkrise](#) und einige Schlüsse die daraus zu ziehen sind: Privatisierung der Gewinne - Verstaatlichung der Kosten und Verluste
 2. Profite privat - Kosten dem Staat: Obwohl die Finanzkrise die höchste Subvention privaten Versagens war, obwohl die Kosten der Sozialhilfe immer weiter "privatisiert", d.h. auf die Betroffenen und ihre Familien verlagert werden, sind "die Bösen" immer noch die [Sozialkosten](#) verursachenden Arbeitslosen und von Sozialhilfe abhängigen.
 3. Wo Wirtschaftskorrupturen, pPolitische Alpha-Hengste, ja sogar der berühmte "Mann auf der Strasse" heute ohne mit der Wimper zu zucken davon reden, dass die Zeit der Vollbeschäftigung eben vorbei sei, müsste sie der eine oder andere doch vielleicht mal überlegen, was denn das nun heisst? Nehmen wir das Anliegen der Wirtschaft und der Mehrheit der Bürger ernst, dass Existenzrecht eine Pflicht zur Arbeit bedeutet, dann haben wir ein doppeltes Problem. Entweder das Existenzrecht wird abgesprochen - oder mehr oder minder sinnlose, zumindest unprofitable Zwangsarbeit wird eingeführt (was ja mittels sog. Beschäftigungsprogramme längst der Fall ist.)
3. Die rücksichtslose **Ausnutzung wirtschaftlicher Gesetze** führt zu einem generellen Kampf ums Ueberleben (Wettbewerb). Wo dieser Krieg als Fundament fest gemauert steht und gelobt wird, kann die Folge bloss

Sozialdarwinismus heissen.

- Wie bereits aus der Forschung Qigleys bekannt ist, gerät jedes Ausdehnungs- oder Eroberungs-System früher oder später in die Krise, wenn es an Grenzen des Wachstums stösst. Der Kapitalismus stösst sein einiger Zeit immer wieder an diese Grenzen. Zuerst hat das Schicksal Japan erreicht, das heute noch damit kämpft.

Die neoliberale Politik der 80er Jahre das **Problem der fallenden Profitrate** zu lösen durch:

- Anhebung des Bevölkerungsanteils, der kapitalistischen Produktionsverhältnissen unterworfen ist, mittels **Privatisierung staatlicher Dienste**;
- eine allgemeine Schwächung der Gewerkschaften, um **Löhne niedrig** zu halten;
- Zulassung der **Schließung ganzer kapitalintensiver Industriebereiche**;
- Änderung internationaler Handelsregeln, um dem Kapital größere internationale Beweglichkeit zu gewähren: = **Globalisierung**
- Festlegung des **Sturzes des Sozialismus** im Osten als oberstes politisches Ziel.

*Es stört britische oder US-amerikanische Regierende nicht so sehr, wenn ihre eigene Bevölkerung nur langsam wächst, wenn es einen **kontrollierten Nachschub an Arbeitskräften aus China, Indien, Rumänien oder anderswo** gibt. Die große politische Anstrengung der Reaktion basiert heute auf der Tatsache, dass der Kapitalismus zwar in den Metropolen, jedoch nicht im Weltmaßstab seine fortschrittliche historische Rolle überlebt hat.*

Die heutigen Probleme sind also, bekannter wie anerkanntermassen, primär Wachstumsprobleme. Immer neue Länder und Kontinente des Marktes müssen erobert werden. Die Erde wird zu klein. ... Oder - sind die Geister zu klein, die ein solches System als einzig mögliches betrachten?

4.0.1 Problem der meisten Alternativen:

- Banales Modell: Der Ausdruck <banal> kommt von Bann, also der Grenze des eigenen Gehöfts oder Dorfes, zeigt also eine Begrenzung der Perspektive auf eine doch eher kleine Welt, auf sehr lokales Wissen. Diese Kritik gilt für die meisten Utopien, die sehr oft auf isolierten, von jeder Zivilisation weit entfernten Inseln sich verorten.
- Geld- und Finanzmärkte machen Probleme - werden aber nicht erledigt, indem man ihre Existenz einfach verneint.

4.1 Gerechte Aufteilung des Mehrwerts

Die Marxsche Theorie des Mehrwertes taugt heute kaum mehr, vor allem aus 2 Gründen:

- Marx verwendete den Begriff recht manipulativ, als Betrag um den die Arbeitnehmer durch die Kapitalisten betrogen werden. *Den über den Wert der Arbeitskraft hinausgehenden Teil der Wertschöpfung* - könnte man eigentlich auch ganz cool als mehr oder minder gerechten Anteil der Investoren, also Kapitalgeber betrachten - solange man Kapital nicht per se als Betrug ansieht.
- Heute wird (wurde?) Mehrwert vor allem an den Finanzmärkten geschaffen (und vernichtet), so dass mit Arbeit je länger je weniger jemand Geld verdient, geschweige denn reich wird.

Das Problem kann aber auch anhand des in der Oekonomie heute gebräuchlichen Ausdrucks oder **EVA** (*economic value added*). Dort wurden die Probleme mit der Mehrwertaneignung auch schon besprochen:

In der Firma wird offenbar unterschieden zwischen solchen (wenigen), die einen Anteil am Mehrwert aktiv verdienen (Manager & Verwaltungsrat), und der Vielzahl der andern, deren Arbeit durch den Lohn als ausreichend entschädigt gilt.

Präzise hier haben die exorbitanten Managerlöhne ihren Ursprung, die - bei den Aktionären offensichtlich zu unrecht - bei der Mehrheit der Arbeitnehmer jedoch zu recht zu einem gewissen Unverständnis (milde gesagt) führen über die Lohnunterschiede zwischen "oben" und "unten".

Eigentlich handelt es sich um nichts anderes als Marxens altes Problem der Verteilung des Mehrwerts, einer im Kapitalismus höchst ungleichen Verteilung, die so die Gerechtigkeit eigentlich immer bloss am Rande streift.

Es geht um eine gerechte, es geht aber auch um eine funktionell richtige Aufteilung des Mehrwerts. Wo die Betriebe der Allgemeinheit Kosten auferlegen, den Mehrwert aber am liebsten ohne Steuern und mit möglichst tiefen Löhnen hoch halten, ist was faul.

4.1.1 Ziele Lohn-Gleichheit / Gerechtigkeit

*Der Schlüssel zur Erklärung der Ausbeutung lag für Marx in der besonderen Eigenart der Arbeitskraft. **Die Nützlichkeit der Arbeitskraft für den Kapitalisten liegt in ihrer einzigartigen Fähigkeit, Wert zu schaffen.** Es darf angenommen werden, dass die Arbeitskraft, wie jede andere Ware auch, zum Wert ihrer Reproduktionskosten verkauft wird. Natürlich wird die **Arbeitskraft in zahlreichen Fällen für weniger verkauft,***

als der Wert ihrer Reproduktionskosten beträgt, beispielsweise dann, wenn Arbeiter nebenberuflich als Bauern tätig sind, so dass sie nicht ihren gesamten Bedarf an Nahrungsmitteln auf dem Markt einkaufen müssen. Aber auch, wenn die Arbeitskraft zum vollen Wert ihrer Reproduktionskosten verkauft wird, findet immer noch Ausbeutung statt. Um absoluten Mehrwert zu produzieren, wird der Arbeitstag verlängert. Der technologische Fortschritt verbilligt die Subsistenzmittel und produziert relativen Mehrwert.

Heute wird Arbeitskraft billiger verkauft, wenn sie z.B. durch die Arbeitslosenkasse oder das Sozialamt "subventioniert" wird. Solche Subventionen sollten wirklich nur dort erfolgen, wo entweder die Arbeit als Erfahrung und Tätigkeit wichtig ist für den Ausführenden - oder wo das Resultat der Arbeit in gewissem Sinne der Allgemeinheit zugute kommt. Billigarbeit als Dressurmassnahme ist Dressur zur Sklaverei - insbesondere als die Arbeit diese Heere Bedeutung längst verloren hat. Heute wird Geld mit Geld gemacht, nicht mit Arbeit.

4.1.2 Markt für Zeitgutscheine

Das Ideal, das Arbeit gleichwertig sei, weil die Zeit eines/einer jeden gleich viel wert sei wie die Person, ist illusorisch: *Weil der Gewinn einer Firma tendenziell nicht vom eingesetzten Kapital abhängt, sondern von der Anzahl der Beschäftigten. Der in der Produktion hinzu gefügte Mehrwert rührt von der Beschäftigung von Menschen, nicht von Maschinen her. Dieser Mehrwert wird dann zwischen Löhnen und Gewinn aufgeteilt.*

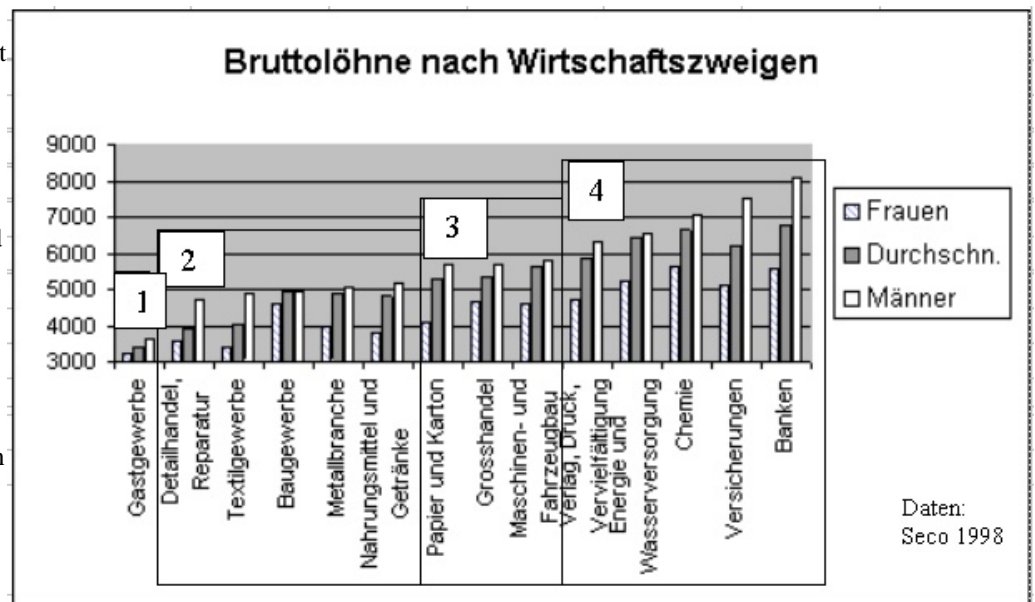
Cockshott/Cottrells Begründung stimmt nicht mal am Rande, sondern übersieht einen der wichtigsten strukturellen Probleme/Ungerechtigkeiten des Arbeitsmarktes:

a) Mehrwert wird heute nicht primär durch Produktion erzeugt sondern durch Förderung der Nachfrage!

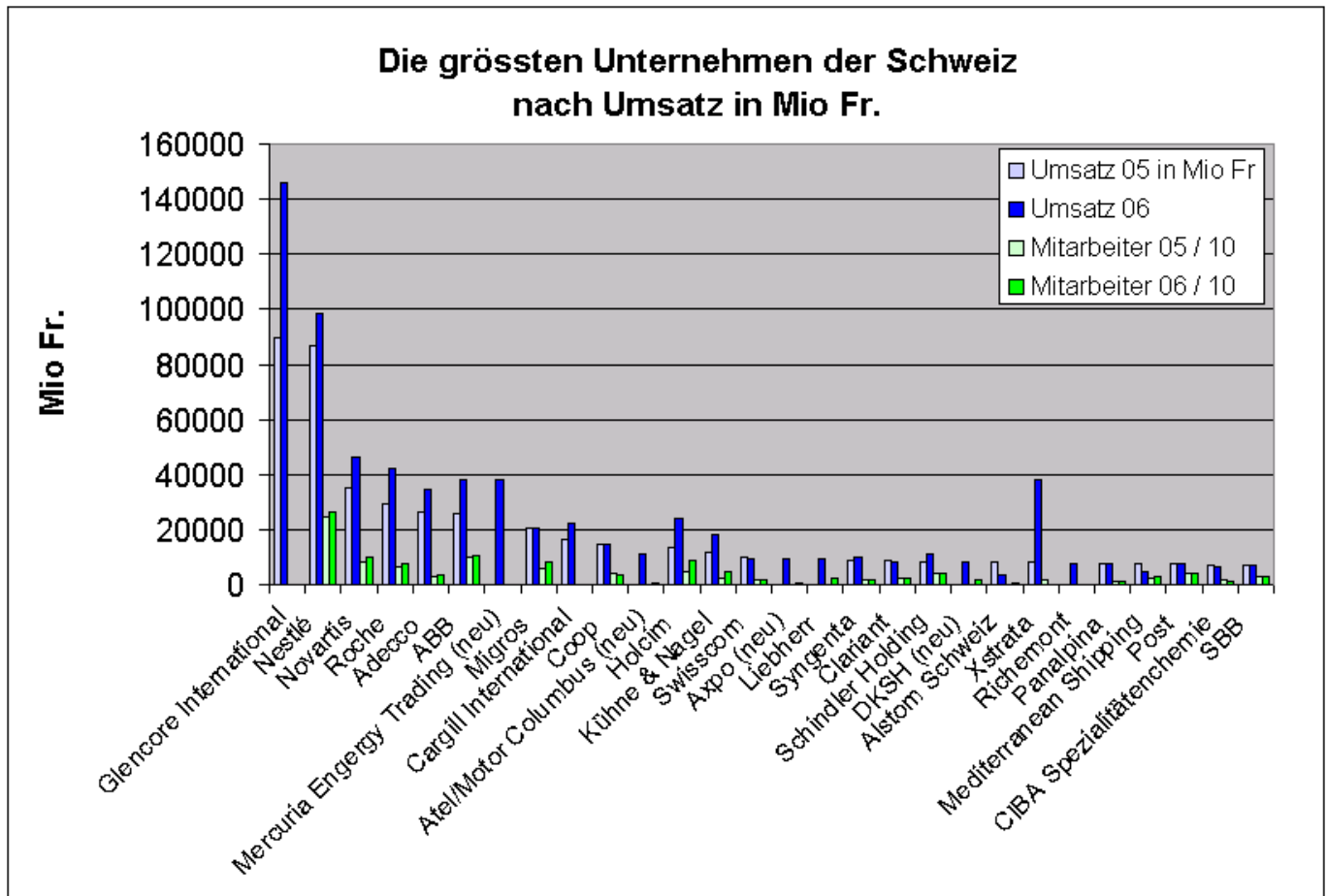
B) Je weniger Mitarbeiter (bei gleichem Umsatz), desto Profit.

Die faktischen Unterschiede der **Profitabilität nach Branchen** führen zu eben solchen Unterschieden bei den Löhnen. s. [Gibt es den gerechten Lohn?](#)

Während dem bei Banken, Versicherungen, Versorgung mit Energie und Wasser, sehr wenig Mitarbeiter enorme Umsätze bewältigen, also auch enorme Gewinne erzielen, ist das bei Reinigung, Detailhandel, Gastgewerbe und Bauern genau umgekehrt: Viel Personal - kleine Erträge = kleine Löhne. Dies spielt sogar bei den allergrössten Unternehmen der Schweiz, Europas und der Welt. So ist das ertragreichste Unternehmen der Schweiz, Glencore, ein Winzling in Sachen Stellen. Heute gilt also nicht mehr Marx, Arbeit macht Mehrwert, sondern: Geld, Umsatz bringt



Mehrwert - Angestellte saugen ihn ab.



Cockshott/Cottrells Gleichwertigkeit der Arbeitsscheine (Arbeitsstunden als Werteinheit) ist damit erledigt, bereits ohne die zusätzlichen Beschränkungen die das Geldsystem mit Schwundgeld, also ohne die Möglichkeit der Reservenbildung (Ersparnisse) für Investitionen aufwirft:

1. Stundenguthaben dürfen nicht zirkulieren. Es gibt keinen Geldmarkt.
2. Arbeitsscheine können nicht gehortet werden, da mit Ablaufdatum versehen (s. [Freiwirtschaft](#)) - es besteht also kein Konzept für Ersparnisse, für Akkumulation für Investitionen, und damit weder ein Geld- noch ein Finanzmarkt (vor allem auch, weil es gar kein Eigentum an Produktionsmitteln gibt).
3. Es gibt keinen Handel, denn *Handel, der aus technischen Fortschritten herrührt, ist instabil. Die daraus entspringenden Vorteile haben einen zeitlich befristeten Charakter, denn früher oder später verlieren Technologien ihre Exklusivität. Die führenden Industrieländer erringen unablässig neue relative Vorteile, indem sie neue Produktionszweige einrichten, die auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung beruhen.* Hierauf beruht insbesondere die Ausbeutung der Peripherie, der 3. Welt: *In diesem Sinn stellen die von ihnen verkauften Produkte den verkörperten Wert ihrer wissenschaftlichen Grundlagen- und ihrer anwendungsbezogenen Forschung dar. Die besonderen Produkte, die sie exportieren, verändern sich von Jahr zu Jahr, so dass ihre "Spezialisierung" gegenüber den weniger industrialisierten Ländern darin besteht, dass sie die Fähigkeit besitzen, neue Dinge zu entwickeln.*
4. Für alles ist der Staat verantwortlich, der also einen beträchtlichen Teil des Mehrwertes für sich abzwicken muss, und damit die Rolle des Unternehmers übernimmt, und damit Staat und Wirtschaft, Macht der Politik und des Geldes, gleich kombiniert.

Wer Sozialismus mit sozialer Wirtschaft verwechselt, mit Alternative, mit Menschlichkeit, täuscht sich ebenfalls, denn die Glaubensgrundsätze die der Sozialismus mit dem Kapitalismus teilt belegen, dass der eine eben so kleinbürgerlich ist wie der andere:

- Sozialismus will Vollbeschäftigung - da die Unterstützung von Faulen nicht Mehrheitsfähig ist.
- Die sozialistische Marktplanung betrachtet Güter oder Dienstleistungen, für die mehr als der Arbeitsaufwand bezahlt wird, die als teuer sind, als wichtig, und geht auf die hohe Nachfrage ein. Mit der Einstellung, teuer ist gut - billig ist ... eben billig, können wir gleich bei der Marktwirtschaft bleiben.

4.2 Bürgerrechte/Partizipation

Im modernen Sozialismus soll es Bürgerrechte geben, einige davon allerdings eher seltsame:

Primäre Beispiele hierfür sind **Bildung, Gesundheitswesen und Kinderbetreuung** (auch werden wir - in Kapitel 13 - dafür eintreten, dass der **Zugang zu Fernsehern, die mit elektronischen Abstimmungsgeräten ausgestattet sind**, als ein

Bürgerrecht betrachtet wird, das erst die volle Partizipation am politischen Leben ermöglicht).

Der zweite Punkt ist der, dass - unter der Bedingung der eben angeführten Grundvoraussetzungen für ein Bürgerdasein - Individuen (oder Familien oder Kommunen) eine *maximale Freiheit über die Entscheidung haben sollten, in welcher Form sie die Früchte ihrer Arbeit genießen wollen. Staatliche Verteilung oder Einteilung ist hierfür wenig geeignet; wir benötigen eine Form von "Markt", in der die Leute ihre Arbeitsgutscheine ausgeben können.*

Aha. Also hier soll es doch einen Markt geben, an dem sich die Bürger versorgen können, mit den Dingen die ihnen Spass machen - nicht den Planern.

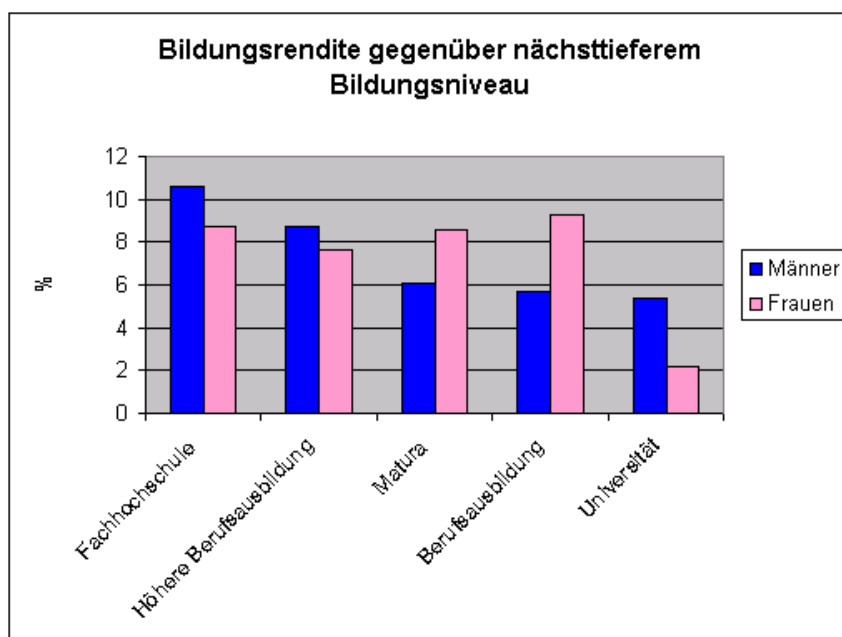
4.5 Volksbildung

Arbeiter unterscheiden sich auf mindestens zwei Arten - hinsichtlich des Grades und der Art ihrer Bildung oder Ausbildung und hinsichtlich ihrer "persönlichen Eigenschaften" wie ihrer Arbeitsbereitschaft, ihrer Teamfähigkeit usw.. Diese beiden Arten von Unterschieden geben Anlass zu zwei Fragen. Die erste Frage ist, ob Leute mit besseren Kenntnissen oder Fähigkeiten besser bezahlt werden sollten. Die zweite Frage ist, ob, bei aller Philosophie von der Gleichheit der Menschen, jede sozialistische "Ökonomie aus Planungsgründen gezwungen ist, die Verschiedenheit von Arbeit anzuerkennen.

Lernen ist eine wertvolle und gesellschaftlich notwendige Form der Arbeit. Es produziert als "Output" qualifizierte Arbeitskräfte und **sollte dementsprechend belohnt werden**. Von daher gibt es keine individuellen Aufwendungen oder Verdienstschränkungen, für die ein Ausgleich erforderlich wäre.

In der heutigen Gesellschaft hält das Klassensystem große Teile der Bevölkerung davon ab, ihr Potential voll zu entfalten. Kinder wachsen in Arbeitervierteln auf, ohne jemals die durch Bildung entstehenden Möglichkeiten kennenzulernen.

s. Bildungsrendite:



Interessen, Begabungen, Spezialisierung, ... [Wahl der "Berufung"](#)

5. Planung

Planung im Betrieb ist gut, Planung in Wirtschaft und Politik sind schlecht, der Plan ist das Gegenteil von Freiheit, so scheint die Meinung. Es gibt zwar die unterschiedlichsten **DEFINITIONEN VON PLANUNG**, aber dass es sich dabei um Teufelswerk handelt, lässt sich eigentlich aus keiner davon ableiten ... es sei denn, man gehöre zu den [Muta'ziliten](#) und betrachte die Verwendung von Logik und Vernunft als Teufelswerk:

**Planung ist ein wichtiges Instrument der Orientierung.
Planung ist auch Optimierung.
- Aber wer setzt die Ziele? -**

Am Wort Planung zeigt sich am besten, wie seltsam der politisch-bipolare Dialog eigentlich ist. Während jede Firma, die ihre Finanzen, ihren Material- und Personaleinsatz, ihre Ziele, ihr Marketing, ihre Vorstellungen, ihre Produktion etc nicht auf das Präziseste plant, von Markt, Börse und Steueramt aufs härteste bestraft wird, bleibt Planwirtschaft ein Schimpfwort. Obwohl Plan auch ein Synonym ist für Karte, also DAS Instrument der Orientierung, wird nicht der bewusst gestaltete Plan, sondern der zufällig agierende Markt gelobt. Planung ist rationales Verfolgen eines Zieles, also orientiertes Handeln. Warum soll das, was für den Betrieb gut ist, für die Gesellschaft als Ganzes schlecht sein? Es sind zwei Probleme die sich dahinter verstecken:

Wer nicht an die Zukunft denkt, der wird bald grosse Sorgen haben.

Konfuzius

1. **Ist es leider so, dass sich komplexe Systeme nicht rational planen und lenken lassen**, sie lassen sich bloss anstossen, und die Reaktion muss beobachtet und allenfalls korrigiert werden. Je komplexer ein System ist, desto mehr Freiheitsgrade braucht es, um stabil zu bleiben. Das *kreative Chaos von Schumpeter* wie *Wettbewerb als Entdeckungsverfahren von Hayek* sind absolut treffende Beschreibungen der chaotischen Abläufe komplexer Systeme. Aber:
2. Es ist leider auch so, dass Kenner das Chaos für ihre persönlichen Vorteile ausnutzen können, also alles Interesse daran setzen, dass die Dinge so bleiben wie sie sind (klassische Definition von Konservatismus). Es geht ihnen bei der Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Gestaltung gar nicht so sehr darum, Planung zu verhindern (sie sind ja Meister im Marketing-, Finanz-, Wirtschafts-, Produktions- etc Planung), sondern darum, dass keine anderen Ziele gesetzt werden. Reden sie von Freiheit, meinen sie nur [Freiheit für die Wirtschaft](#), auch der Freiheit, die Freiheit anderer im Interesse der Wirtschaft zu beschränken. Reden sie von nachhaltiger Entwicklung, meinen sie meist "nachhaltiges" (immerwährendes) Wachstum der Wirtschaft. **Das Hauptproblem mit dem Plan ist: Wer setzt die Ziele - wer hat die Macht, Ziele zu setzen!**

Weder Poppers Falsifikationismus noch sonst eine Regel, die Wissenschaftlichkeit garantieren soll, kann Sinn und Zweck von Zielen prüfen, geschweige denn, Ziele "objektiv" schaffen.

5.1 Definition:

Planung ist die gedankliche Vorwegnahme zukünftigen Handelns unter Beachtung des Rationalprinzips."

Erwin Grochla

Planung ist der systematische Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage allen verfügbaren Wissens."

J.H. Kaiser

Planung ist der politische Entscheidungsprozess zur Rationalisierung, Optimierung und Stabilisierung von Systemen."

Bendixen und Kemmler

"Planung lässt sich dadurch kennzeichnen, dass

1. etwas **vorausschauend** geschieht,
2. es sich um einen **geistigen Prozess** handelt,
3. **zielorientiert** vorgegangen wird,
4. **Handlungsalternativen** (Verhaltensweisen) zur Erreichung der Zeile entwickelt werden,
5. eine **Auswahl** unter den Alternativen (Entscheidung) getroffen wird und
6. Anweisung zur rationellen **Realisierung** der gewählten Alternative festgelegt werden."

Joachim Weisser:

[Alle aus Glaeser, B; Theherani-Krönner, P.d.: *Humanökologie und Kulturökologie. Grundlagen. Ansätze. Praxis.* Westdeutscher Verlag. Opladen 1992.]

5.2 Vorgehen, Partizipation, Demokratie

Anhänger der sog. "freien Marktwirtschaft" sehen in der Planwirtschaft vor allem einen Mangel an Demokratie, einen Mangel an Freiheit, eine Diktatur von Planern - eine Befürchtung, die nicht ganz ungerechtfertigt ist, und die sich historisch problemlos belegen lässt.

Weiterhin verlange die zentrale Planung „in gesellschaftspolitischer Hinsicht den [Kollektivismus](#) und in staatspolitischer Hinsicht den Totalitarismus des [Einparteiensystems](#). Die Handlungs- und Bewegungsfreiheit der Individuen bildet in der zentral verwalteten Wirtschaft einen latenten Störfaktor, den der Staat zurückzudrängen sucht.“.

Einerseits. Andererseits plant auch die Wirtschaft andauernd - und fühlt sich eben dabei durch andere Pläne gestört. Es ist hier nicht prinzipiell die Planung an und für sich die stört, sondern die Zielsetzung, die nicht mit der eigenen übereinstimmt. Wirtschaftsanhänger sehen ein Problem in der Planung, weil durch Planung die Beliebigkeit (alias Freiheit) des Marktes natürlich schon etwas leiden kann. Man darf z.B. nicht einfach Häuser bauen wo immer man will, man darf sie auch nicht so hoch und so breit bauen wie man will. Man darf auch nicht die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen gestalten wie man will, so zwischen 0 und 24 Stunden pro Tag. Aber wenn man die bei der Planung festgelegten Regeln kritisieren will, sollte man dies mit einer gewissen Präzision tun, und nicht jegliches Planen in den Topf der Ineffizienz und Unfreiheit werfen. So ist z.B. für den Soziologen Niklas Luhmann das Problem der Planung in der Gesellschaft nicht, dass die Freiheit abhanden kommt, sondern "*das eigentliche Problem der Selbstplanung sozialer Systeme ist: dass die Planung in dem System, das sich plant, beobachtet wird.*" [Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme*. stw 666. Suhrkamp. Frankfurt a.M. 1984.S. 635:]

Planung in der Gesellschaft muss also **reflexiv und iterativ** sein. D.h. dass auf jeden **Zyklus von Planung - Ausführung - Evaluation** wieder ein neuer Zyklus mit **Beobachten - Denken - Kommunizieren - Werten - Entscheiden - Handeln** begonnen werden muss. Planung ist aber doch der Intention nach nichts anderes als ("**rationale**") **geregelt Selbstoporganisation**. Eben so deutlich wird hier, dass Planung, obwohl rational, keine Sache der Wissenschaften ist, da es dabei immer auch um Werte und Bewertungen geht: So bezeichnet beispielsweise Kröger den Planungsprozess als *Bewertungsprozess, an dem aber die Öffentlichkeit, auch der einzelne 'vernünftige' Bürger, stärker zu beteiligen ist, und in dem neben Fakten Wertvorstellungen dominieren.*

5.3 Probleme der Planung

5.3.1 Erstrangige Ziele einer sozialistischen Planwirtschaft?

1. Ein **allgemeiner Anstieg des kulturellen Niveaus und des Lebensstandards vor allem der Arbeiterklasse**
2. Das Einschlagen eines **langfristigen ressourcenschonenden Entwicklungsweges**, d.h. eines ökonomischen Entwicklungsweges, der ökologische Zwänge berücksichtigt und nicht unlösbare Zukunftsprobleme, die den erschöpften Ressourcen oder der Umweltzerstörung geschuldet sind, aufstaut.
3. Eine "Anderung der ökonomischen Struktur dahingehend, dass wirkliche **ökonomische Geschlechtergleichheit** durch fortschreitende Eliminierung patriarchalischer Formen der "Ökonomie gesichert ist.
4. **Reduzierung von Klassen- und regionalen Unterschieden** (und in weniger entwickelten "Ökonomien die Unterschiede zwischen Stadt und Land).

Erstrangiges Ziel wirtschaftlicher Planung: **Vermehrung der finanziellen Werte.**

Die wichtigsten positiven Rechte, die ein sozialistisches Gemeinwesen Individuen gewähren sollte, sind folgende:

1. **Das Recht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen,**
2. **Das Recht, den vollen Wert ihrer Arbeit zu erhalten und**
3. **Das Recht, über den Wert ihrer Arbeit nach eigenem Wunsch frei zu verfügen.**

5.3.2 Mangel an Marktpreisen, d.h. die Festlegung von Preisen und Mengen - DAS Kernproblem der Planwirtschaft

Sogar Marx und Engels scheinen Mises, und die von ihm betonte Bedeutung des Preissystems für eine vernünftige und effektive Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten nicht bezweifelt zu haben. Der Preismechanismus sei zwar unvollkommen, aber immer noch besser als willkürliche Angebote (will-kürlich: durch den Willen der Planer als "wert, produziert zu werden" erkoren): *Wer einen komplizierten Produktionsprozeß kalkulieren will, merkt es gleich, ob er wirtschaftlicher als die anderen arbeitet oder nicht; kann er im Hinblick auf die auf dem Markte herrschenden Austauschverhältnisse die Produktion nicht rentabel durchführen, so liegt darin der Hinweis darauf, dass andere die fraglichen Güter höherer Ordnung besser zu verwerten verstehen.* (Mises , 1920, S.94)

Schätzungen über Begebenheiten (oder Preise) der Zukunft sind spekulativ, werden also an der Börse gehandelt, mit entsprechenden Gewinnen oder Verlusten, mit Verzerrungen der Märkte. Wäre die Planung hier so einfach, gäbe es die Börsen nicht mehr, da die Gewinne und Verluste zu 0 summieren würden.

Das Einschätzen zukünftiger Entwicklungen und Preise ist immer noch ein Blick in die Glaskugel - also Spekulation.

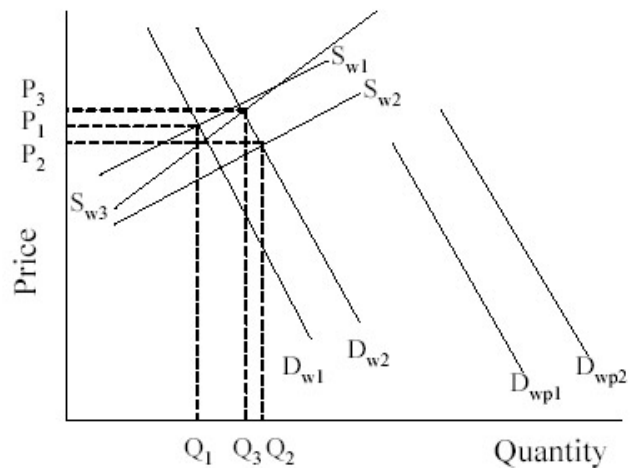
5.3.2.1 Das Preis-Menge-Gesetz & Elastizität:

Hier die traditionelle Graphik zur Bestimmung von Angebot und Nachfrage:

- Die Nachfrage (D: demand) steigt bei fallenden Preisen.
- Das Angebot (S: supply) steigt bei steigenden Preisen.
- Elastizität: Steigt die Nachfrage auf das Doppelte, wenn der Preis auf die Hälfte abfällt, so beträgt die Elastizität 1. Steigt sie weniger, ist die Nachfrage wenig elastisch, steigt sie mehr, ist sie sehr elastisch. Das selbe gilt für das Angebot. Dieser Zusammenhang ist entscheidend bei der Vergrößerung des Angebots z.B. durch Rationalisierung oder Betriebsvergrößerung.

<http://www.brainworker.ch/WAP/Holzmarkt%20international.htm>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Preisbildung>



Preisbildung ist also immer ein Experiment

Das Problem dabei ist aber nicht, wie Cockshott und Cottrell das darstellen, die Speichermöglichkeit und Verarbeitungsgeschwindigkeit von Computern, sondern die Prozesse von *trial and error*, deren Kosten von den Marktteilnehmern - d.h. vorwiegend von deren Angestellten getragen werden. Werden diese durch "Experimente" ersetzt, sind die Folgen die selben. Die Kosten müssen dann vom Staat, also von der Allgemeinheit getragen werden.

Mangel an Informationen

Nach [Friedrich August von Hayek](#) (1899–1992) kann die planende Stelle einer Zentralverwaltungswirtschaft niemals über alle relevanten Informationen über die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Individuen verfügen, die sie für eine vernünftige Planung benötigen würde. Die Planenden können nicht über alle Parameter informiert sein und falsche (ineffiziente) Entscheidungen treffen. **Nicht jeder Bedarf kann bei der Planung erkannt werden**, Mangel oder Überschuss des Gutes sind die Folge. Dies würde im Vergleich zu einer Marktwirtschaft, wo solche Probleme nach Hayeks Meinung nicht oder weniger auftreten, eine Verschwendung von Ressourcen und Arbeitskraft zur Folge haben.

Eines der wichtigsten Probleme unserer Tage ist die Arbeitslosigkeit - die zum einen daraus entsteht, dass alle Menschen mehr als ausreichend versorgt werden können durch nur einen geringen Anteil an Arbeitskräften (Schätzung: 20%). Wie die andern 80% aber den Konsum finanzieren ist ungelöst. Eben so wenig löst aber der Sozialismus, z.B. im Modell der Kommunen das Problem. Diese bekämpfen das Problem der Entfremdung zwar durch Rotation der Arbeit - verwedeln aber damit die Vorteile der Spezialisierung und machen Dilettantentum statt Fachkönnen zum Vorbild. *Die Kommune hätte Vollzeit-Wartungsarbeiter, Vollzeit-Köche, Vollzeit- Tagesmütter usw., und andere arbeiteten vollzeitig in der nationalen Wirtschaft. Im andern Extrem gäbe es eine Rotation von Aufgaben, so dass eine Person einen Tag als Tagesmutter, am nächsten als Gärtner und dann drei Tage in der nationalen Wirtschaft arbeitet.*

Mangel an Effizienz: Ueberlegenheit der Kommunen - Effizienz der Gemeinschaftlichkeit

Das kommunale Wohnungswesen in der UdSSR war verbunden mit "Überbelegung und unzureichenden Einrichtungen. Die kommunalen Wohnungen waren klein und nicht zweckmäßig gebaut.

Diese Architekten legen nicht genau den Grad von Gemeinschaftlichkeit zu Grunde, den wir vorschlagen, aber ihr Konzept von co-housing schließt Einrichtungen für gemeinsame Mahlzeiten und Kinderpflege, gleichzeitig gemeinschaftliche Läden, Waschmöglichkeiten, Dunkelräume für Fotografie usw. mit ein. Möglicherweise kann man auch aus der Architektur religiöser Gemeinden oder Kollegs lernen (obwohl beide Gebäudetypen ursprünglich für das Zölibat gedacht sind und es ihnen an Raum für Kinder mangelt).

Das Grundprinzip der Kommunen besteht darin durch optimalen Umfang Kostenersparnisse zu erreichen. Dies macht sie den individuellen Haushalten überlegen. Gemeinschaftliche Kindererziehung spart zunehmend Arbeit und kann als befreiend erlebt werden.

Wir listen nun die Aktivitäten auf, um die herum die Kommune die Familie ersetzen könnte:

- (1) Wohnen
- (2) Nahrungszubereitung
- (3) Kinderfürsorge
- (4) Einige Freizeitaktivitäten
- (5) Altenhilfe

Die "Ökonomie der Produktionsmittel ist ein wenig subtiler. Betrachten wir das **Problem zur Toilette zu gehen**. In einer typischen britischen Wohnung ist nur eine Toilette, normalerweise im Bad. Wenn ein anderes Haushaltsmitglied gerade badet, kann sich das als frustierend heraus stellen. Wenn andererseits 50 Menschen in einem großen Haus mit 20 Toiletten leben, ist die Chance, dass sie alle besetzt sind, minimal. Tatsächlich sollte es möglich sein, die Anzahl von Toiletten pro Kopf zu reduzieren und doch sicher zu stellen, dass immer eine frei ist. Der Raum und die Zeitressourcen, die bezüglich Toiletten gespart werden, können dann für andere Aktivitäten genutzt werden.

Das Argument bezüglich der Toiletten kann auf andere Einrichtungen erweitert werden. Eine Kommune könnte die **Einrichtung einer kleinen internen Telefonanlage** rechtfertigen und wird weniger Außenanlagen benutzen als die zahlenmäßig vergleichbare Bevölkerung, die aufgeteilt ist in einzelne Häuser, von denen jedes ein eigenes Telefon hat. Dasselbe Argument lässt sich auf **Büroausrüstungen wie Computer und Kopierer** beziehen, die ein Haushalt allein nicht adäquat nutzen könnte, die aber von einer Kommune effizient genutzt werden könnten. Für einen Prozentsatz ihres Einkommens, den sie für dauerhafte Güter ausgeben, bekommen die Mitglieder der Kommune Zugang zu einer größeren Anzahl von Einrichtungen als jemand in einem individuellen Haushalt.

Leicht auf den Stockzähnen gegrinst beim Lesen? Geht mir auch so. Immerhin gibt es die einstmals erfolgreichste Form der Kommunen, die Kibbutzim in Israel heute in der alten, gemeinschaftlichen Form kaum mehr. Zweitens grinst jeder Beduine und Slumbewohner, wenn er was davon hört, dass sich einzelne kein Handy leisten können. Drittens ist ausgerechnet die Toilette nicht gerade der Ort, den man mit andern teilen möchte. Die Gemeinschaftlichkeit hat also noch deutliche Probleme, sich richtig zu verkaufen.

Mangel an Flexibilität und Mangel an technologischem Fortschritt

Es bestehe nur eine geringe Flexibilität, da „in einer solchen Wirtschaft Anweisungen und Planvorgaben der staatlichen Planungsbehörden verbindlich sind und keine oder nur ganz geringe Entscheidungsspielräume bestehen.“ Damit würden die Dynamik und Innovationsfähigkeit von Unternehmen, welche das Rückgrat einer freien Wirtschaft seien, künstlich ausgeschaltet. Technologische Rückständigkeit und damit verbunden ein geringer Lebensstandard seien somit vorherbestimmt.

Der **Ökonom Jürgen Pätzold** fasst häufig genannte Kritikpunkte zusammen. Er sieht neben dem Mangel an Informationen und Flexibilität, den **fehlenden technologischen Fortschritt**. Zentralverwaltungswirtschaften erzeugten keinen der Marktwirtschaft vergleichbaren **technischen** und organisatorischen Fortschritts, da mangels **Wettbewerb** keine Notwendigkeit bestehe, nach **Innovationen** und neuen Problemlösungen zu suchen. Nach **Ludwig von Mises** hindert nur die „unermüdliche Erfindungsgabe“ eines Geschäftsmanns und dessen „Hang zu Neuerungen“ „alle Wirtschaftseinheiten daran, in träge bürokratische Routine zu verfallen.“

Nach Cockshott/Cottrell soll die Forschung auf **parallele Behörden** aufgeteilt werden, so dass **angehende Innovatoren mehr als eine Chance der Förderung ihrer Ideen haben** (und so das Risiko der "Verknöcherung" des Prozesses vermindert wird). Neue Produkte, die aus erfolgreichen Experimenten hervorgehen, könnten in den regulären Plan eingebaut und erfolgreiche Technologien als Element der regulären Input-Output-Struktur der "Ökonomie" registriert werden.

Damit führen sie a) den Wettbewerb unter Behörden ein, und b) teilen die selbe Ueberschätzung ihrer weisen Voraussicht mit unsern Technokraten, denn wenn die Leute wirklich so gut wären darin, zukünftigen Bedarf abzuschätzen, müssten sie an der Börse längst Milliarden geworden sein.

Hier entsprechen sich allerdings die Ideen der Planer in der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft absolut. Sagt der Sozialist, Befürworter einer Expertokratie: *Das Wissen darüber, welche Technologien in 10 oder 20 Jahren relevant sein werden, wird anfänglich auf eine kleine Forschergemeinschaft begrenzt sein und es ist für Leute ohne Spezialkenntnis schwierig darüber zu urteilen.* - So sagt der Anhänger von Freiheit und Markt ... vermutlich genau das Selbe. Beide werden ihr Volk mit Propaganda, im einen Fall politische Propaganda, in andern Werbung, darüber informieren, welches die richtige Wahl für die Zukunft ist, welches die erwünschte Zukunft ist, welche Zukunft der Sozialist/Konsument sich gefälligst wünschen soll.

Vergleich Marktwirtschaft und Planwirtschaft

	Marktwirtschaft	Planwirtschaft
Prinzip	Preisbildung/Marktlenkung geschieht dezentral in Märkten über Wettbewerb und Angebot und Nachfrage; jeder Einzelne hat durch Nachfrage Einfluss auf Produktion	Basiert auf zentraler Lenkung des gesamten Wirtschaftssystems; Staat erstellt langfristigen Gesamtplan über Produktion und Konsum; Preise werden zentral festgelegt
Existenz Eigentum	Basiert auf Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln	Güter sind überwiegend in gemeinhand, da zentrale Organe auf sie Zugriff haben müssen.

Freiheit	Alle Wirtschaftsteilnehmer sind frei und handeln ohne jeden Zwangs	Wirtschaftsteilnehmer sind in Handlung beschränkt, da der Staat in sämtliche gesellschaftliche Bereiche eingreift.
Ziel	Ziel ist Gewinnmaximierung jedes einzelnen	Ziel ist optimaler Einsatz der Produktionsfaktoren und Verteilung der Güter. Nicht erreicht, da mangelnder Durchblick zentraler Organe.
Funktion des Staates	<ul style="list-style-type: none"> • Ordnende Funktion; • Sichert Wettbewerb; • Greift bei Marktversagen ein • Sichert Monopole zur Deckung des Grundbedarfs (Post, Bundeswehr, Polizei, DB) 	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellt Gesamtplan der Wirtschaft • Zentrale Bestimmung über Einsatz von Produktionsfaktoren und Verteilung von Gütern
	Effizient, flexibel	Uneffizient, unflexibel
	Plant lang und kurzfristig dezentral von jedem Wirtschaftsteilnehmer in Märkten	Plant langfristig, daher schwerfällig à unflexibel
	Leistungsanreiz jedes Einzelnen durch Prinzip des Privateigentums an Produktionsfaktoren	Aufhebung Privateigentum

<http://media.sven.dj/vwl/>

6. Modelle der Planwirtschaft/Zentralverwaltungswirtschaft

Eine Unterscheidung zwischen Planwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft wird, zumindest nach Wiki, nicht mehr betrieben. Dies ist ein Fehler, vermutlich mit der selben demagogischer Absicht mit der Gemeinschaftseigentum als wirtschaftlich falsche Lösung propagiert wird:

Eigentum

Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen. (KarlMarx , Das Kapital, Bd.3, MEW 25, S. 785)

Nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln, staatlich oder privat, wird [sozialistische](#) Zentralverwaltungswirtschaft von [kapitalistischer](#) Zentralverwaltungswirtschaft unterschieden. Eine andere Einteilung ist Zentralverwaltungswirtschaft mit Privateigentum, insbesondere die [Kriegswirtschaft](#), Zentralverwaltungswirtschaft mit Gesellschaftseigentum, insbesondere die [Rätedemokratie](#), und Zentralverwaltungswirtschaft mit Staatseigentum, insbesondere die [staatssozialistische](#) Zentralplanwirtschaft.

Diese Vorstellung einer *funktionierenden Planung* und die Forderung nach einer planwirtschaftlichen Organisation größerer Gesellschaften, ganzer Staaten oder der *Weltgesellschaft* als Ganzes hat als historische Vorläufer z. B. [Platons Staatsentwürfen](#), [Thomas Morus' Utopia](#), [Jean-Jacques Rousseaus](#) auf einem [Gesellschaftsvertrag](#) basierende Staatsentwürfe oder [Karl Marx'](#) Entwürfe einer [kommunistischen](#) Gesellschaft.

Der britische Unternehmer und [Frühsozialist Robert Owen](#) versuchte mit der genossenschaftlich organisierten Kolonie [New Harmony](#) ein nach bestimmten Idealen ausgerichtetes Wirtschaften in die Praxis umzusetzen.

Die Vorausplanung des gemeinsamen Bedarf, der Produktion sowie die Organisation und Aufteilung sollte entweder (z. B. bei [Karl Marx](#)) ein gemeinsamer Akt aller Gesellschaftsteilnehmer oder aber (bei Platon) die Aufgabe staatlicher [Institutionen](#) bzw. speziell verantwortlicher Personen sein.

Vor diesem Hintergrund fordern im [Manifest der Kommunistischen Partei](#) Karl Marx und [Friedrich Engels](#) die [Verstaatlichung](#) aller Produktionsinstrumente: „*Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse*

organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ Unter anderem forderten sie:

- „**Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats** durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.“
- „**Zentralisation des Transportwesens** in den Händen des Staats.“
- „**Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung aller Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.**“

Im 19. Jh. geriet die erhöhte Wertschätzung des Begriffs der **Planung als zweckrationale Organisation der Wirtschaftsprozesse** noch kaum in Konflikt mit der **liberalen Vorstellung einer spontanen Ordnung des Marktes**. Seit der Krise des Liberalismus vor und nach dem 1. Weltkrieg und in der **Weltwirtschaftskrise** von 1929 wurde die angeblich nur um einzelbetriebl. Rentabilität besorgte liberale Ökonomie einer öffentl. Kritik unterzogen. In den 1930er Jahren forderten technokrat. Bewegungen in den USA und in Europa die Übertragung der Wirtschaftslenkung von Ökonomen auf naturwissenschaftl. ausgebildete Ingenieure (Technokratie). In der Schweiz begannen **1935** im Abstimmungskampf um die Kriseninitiative, in der Bewegung des **Plans der Arbeit und später auch in der Richtlinienbewegung sozialpolitisch motivierte Konzepte einer Krise und Arbeitslosigkeit überwindenden Konjunkturpolitik** Gestalt anzunehmen, die später im Rahmen des **Keynesianismus** grossen Widerhall gefunden haben. Die nach dem 2. Weltkrieg auch in der Schweiz zeitweise ausgebrochene Planungseuphorie brachte u.a. einen Schub wissenschaftl. Politikberatung und neuer Planungsmethoden in Wirtschaft und Verwaltung, aber abgesehen von den revidierten **Wirtschaftsartikeln** keinen nachhaltigen Ausbau staatl. Wirtschaftslenkung (**Etatismus**).

Die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung gab im 19. und 20. Jh. auch in der Schweiz den Anlass, dass in den verschiedenen polit. Lagern Lösungsvorschläge für die soziale Frage entwickelt wurden. Das sozialpolit. Verständnis, das sich schliesslich durchsetzte und auf dem der nach dem 2. Weltkrieg Gestalt annehmende **Sozialstaat** beruhte, **gründete weniger auf karitativen Motiven oder solidar. Umverteilung, sondern v.a. auf planvoller staatl. Konjunktur- und Vollbeschäftigungspolitik in der national verfassten Arbeits- und Industriegesellschaft sowie der Vorstellung von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums**. Ein Recht auf Arbeit existiert dabei zwar nicht im jurist., wohl aber im moral. Sinne.

Bis in die 1990er Jahre bestand grundsätzlich ein breiter polit. **Konsens** darüber, dass **Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen durch eine -- in ihrem Umfang allerdings immer umstrittene -- Umverteilung auf ein politisch akzeptables Mass reduziert werden müssten (Steuern, Sozialpolitik)**. Es war anerkannt, dass eine planvoll eingerichtete Sozial- und Wirtschaftsordnung das über die Leistungsgerechtigkeit hinausgehende Ziel der sozialen Gerechtigkeit anzustreben habe. Durch die wachsende Kritik am Sozialstaat und Forderungen nach Steuerabbau von Seiten der Wirtschaft und rechtsbürgerl. Politiker wurde dieser Konsens am Ende des 20. Jh. in Frage gestellt, aber nicht grundsätzlich erschüttert.

<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D44247-1-3.php>

6.1 Etatismus

E. bezeichnete in der Schweiz ursprünglich eine polit. Einstellung und die aus dieser resultierenden Massnahmen, die auf eine **Erweiterung der bundesstaatl. Kompetenzen** abzielten. Später wurde E. zum häufig **polemisch** verwendeten Kampfbegriff, mit dem v.a. Liberale interventionist. Massnahmen auf den verschiedenen staatl. Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) kritisieren.

Ab den 1880er Jahren verlor der traditionelle, einen schwachen Bundesstaat anstrebende Liberalismus viel an Überzeugungskraft. Der durch die Demokrat. Bewegung verstärkte Radikalismus forderte Staatseingriffe nicht nur in der **Sozialpolitik**, sondern auch in anderen Bereichen (**Agrarpolitik, Banknotenmonopol, Verstaatlichung der Hauptbahnen**). In den Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des klass. Liberalismus und dem linken Flügel des Freisinns um Ludwig Forrer, den sog. Staatssozialisten, übertrug wahrscheinlich alt Bundesrat Numa Droz den Begriff E. von der französischen in die schweizerische polit. Debatte; den Anlass boten die Bestrebungen zur Einrichtung der Sozialversicherung, deren erstes Konzept (Lex Forrer) von den Gegnern als zu zentralistisch abgelehnt wurde.

Während der Interventionismus beim Freisinn in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg auf zunehmende Skepsis stiess, gewann er bei der erstarkten Sozialdemokratie an Bedeutung, gegen die das Schlagwort E. jetzt v.a. ins Feld geführt wurde. Extrem liberale Positionen konnten sich auch die bürgerl. Parteien in der krisenanfälligen Zwischenkriegszeit angesichts ihrer bäuerl. und mittelständ. Klientel, die zum Protektionismus neigte, nicht leisten. In den 1930er Jahren bildeten zudem **korporatist. Vorstellungen** ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht zum Liberalismus. Gelegentlich verliefen die Fronten unübersichtlich: So lehnten z.B. Bundesrat und Parlament in den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise im Zeichen der Überinvestitionstheorie eine aktive Konjunkturpolitik ab, während die traditionell freihändlerische Uhrenindustrie staatl. Unterstützung beanspruchte. Gegen Ende der 1930er Jahre bildete sich angesichts der Kriegsgefahr ein Konsens für mehr Interventionismus, der dann im Rahmen der **Kriegswirtschaft** einen nie gekannten Aufschwung erlebte.

Nach dem Krieg entstand eine ambivalente Lage. Einerseits erreichte die von der Exportwirtschaft - diese hatte während Krise und Krieg gegenüber der Binnenwirtschaft an Boden verloren - getragene liberale Offensive, deren Vordenker William Emmanuel Rappard und **Wilhelm Röpke** waren, den raschen Abbau des kriegswirtschaftl. Dirigismus. Andererseits brachte der Aufbau des **Sozialstaats** eine starke Zunahme der interventionist. Massnahmen, v.a. in der **Sozialpolitik**, aber auch in der

Agrar-, Umwelt-, Verkehrs-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Trotz steigender Staatsquote blieb die Kritik, auch die der Bürgerlichen, während der andauernden Hochkonjunktur zurückhaltend.

Dies änderte sich, als ab den späten 1960er Jahren ein Teil der neuen sozialen Bewegungen auf der Linken und ab Ende der 1970er Jahre der Freisinn auf der Rechten ihre Haltung gegenüber dem Staat überdachten. Während die linke Kritik marginal blieb, erreichte die in den 1980er Jahren vom Freisinn propagierte Parole "**Mehr Freiheit, weniger Staat**" nachhaltige Aufmerksamkeit. Sie wurde **in den 1990er Jahren von der SVP übernommen** und mit der Forderung nach Steuerabbau radikalisiert, obwohl die Partei nach wie vor interventionist. Massnahmen zugunsten ihrer mittelständisch-bäuerl. Klientel befürwortete. Die zunehmende Infragestellung des Interventionismus führte bereits zu massiven wirtschafts- und parteipolit. Verschiebungen (Umwandlung SBB in Aktiengesellschaft, Abtrennung der Swisscom von der PTT), aber noch nicht zum Rückgang der Staatsquote. Dabei spielten neben den höheren Kosten der Sozialversicherung auch wirtschaftspolit. Massnahmen wie der Bonny-Beschluss und seine Verlängerung, mit denen Gelder für die Unterstützung privatwirtschaftl. Betriebe in den Regionen freigemacht wurden, eine Rolle. Angesichts der wirtschaftl. Schwierigkeiten nach der Jahrtausendwende wurde der Ruf nach Staatshilfe wieder lauter und führte im Herbst 2001 zur bisher grössten staatl. Intervention für ein einzelnes Privatunternehmen, nämlich zur Finanzspritze für den Flugverkehr der **Swissair** bzw. später der **Swiss**.

Noch grösser werden die Eingriffe zur Zeit, dank der Tatsache, dass Spekulanten derartige Beträge in den Sand gesetzt haben, dass die gesamte Wirtschaft zusammenzubrechen droht, wenn derart grosse Teilnehmer einfach ausfallen: AIG, UBS, Ford etcetc. s. [Finanzkrise](#) Es ist allerdings zu befürchten, dass die Uebernahme der Schulden von Spekulanten durch die Bürger (Steuerzahler), und die enormen Mengen an Geld, das wieder in die Wirtschaft gepumpt wird, die Möglichkeiten des Staates beschränken, selbst aktiv zu werden und ins Gemeinwohl zu investieren. Kosten dem Staat - Profite privat, ein altes liberales Rezept wird hier extrem potentiert.

6.2 Nationalsozialismus

→ s. [Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschen Reich](#)

Die [dirigistischen](#) Eingriffe in die [Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus](#) unter dem „Neuem Plan“ (1934), dem [Vierjahresplan](#) (1936) und vollends die Kriegswirtschaft unter Rüstungsminister [Albert Speer](#) ab 1942 ließen vom freien Unternehmertum wenig übrig. Andererseits wurden Banken, die während der [Deutschen Bankenkrise](#) verstaatlicht worden waren, nach und nach wieder privatisiert. So wurden 1937 die Aktien der [Commerz- und Privat-Bank](#) wieder an private [Anteilseigner](#) überführt.

Die Wirtschaftsordnung zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus entfernte sich immer weiter vom Idealtyp der Marktwirtschaft und entsprach schliesslich weitgehend dem Idealtyp der Zentralplanwirtschaft. Die Kriegswirtschaft des Nationalsozialismus lässt sich als „**Zentralverwaltungswirtschaft mit privatem Eigentum**“ oder als „**kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft**“ einordnen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verfasste der US-Schriftsteller [Edward Bellamy](#) eine [Utopie](#) „[Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887](#)“, wonach die Wirtschaft im Rahmen einer allgemeinen gleichmässig verteilten Arbeitspflicht – sowohl was die Arbeitszeit, als auch was die Qualität der Arbeit betraf – organisiert war. Bellamy sah in der Kriegswirtschaft der USA während des US-Bürgerkriegs ein Beispiel.

[Joseph Schumpeter](#) kennzeichnete in seinem 1942 erschienenen Werk [Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie](#) die Vorteile einer sozialistischen Planwirtschaft im Fehlen störender [Konjunkturzyklen](#), größerer Planungssicherheit der Betriebe und geringerer [Arbeitslosigkeit](#). **Diese Vorteile könnten ausgespielt werden, wenn die Wirtschaft zunehmend statisch würde, was nach Schumpeters Meinung der Fall ist, während zuvor, in Zeiten dynamischer Wirtschaftsentwicklung, das kapitalistische System überlegen war.**

Unter dem Eindruck des [New Deal](#) und der kriegsbedingten zentralen Planung entwarf der in die USA emigrierte deutsche [sozialdemokratische](#) Soziologe [Carl Landauer](#) einen Entwurf über die mögliche Einführung einer „nationalen Planung“ in den USA.

In der Erstausgabe der sozialistischen Zeitschrift [Monthly Review](#) legte [Albert Einstein](#) 1949 in einem Essay *Why Socialism?* („Warum Sozialismus?“) Gründe für Sozialismus dar. Die „Verkrüppelung der Individuen“ (*crippling of individuals*), besonders im Bildungssystem, hält Einstein für ein Übel des Kapitalismus, dem mit einer sozialistischen Wirtschaft zu begegnen sei, zusammen mit einem Bildungssystem, das auf soziale Ziele ausgerichtet sein müsste. Die Produktionsmittel wären im Besitz der Gesellschaft selbst (*owned by society itself*) und würden geplant eingesetzt (*in a planned fashion*). Einstein hält jedoch nicht jede Planwirtschaft für Sozialismus. Eine Planwirtschaft könnte auch zu einer völligen Versklavung der Individuen führen.

Wichtig ist hierbei jedoch, dass Planwirtschaft und Sozialismus zwei verschiedene Dinge sind, das erstere ist eine Wirtschaftsform, das zweite eine Gesellschaftsform, welche sich nach Karl Marx auf die Herrschaft des Proletariats bezieht. Dies soll die bürgerliche Staatsmacht brechen und die Produktionsmittel verwalten. Ziel soll das sinnlos werden des Staates durch das Verschwinden der Klassen und die immer weiter voranschreitende Mehrung von Produktionsmitteln sein.

6.3 Kommando-/Kriegswirtschaft

Als typische Merkmale einer Kriegswirtschaft gelten staatliche Reglementierung von Löhnen und Preisen, Warenkontingentierung, Dienstverpflichtung von Arbeitskräften, Steuererhöhungen oder Zwangssparen. Als Beispiel für Kriegswirtschaft gilt Deutschland während des ersten und Zweiten Weltkrieges.

Der wesentl. Unterschied zwischen P. und Marktwirtschaft macht nicht die vollständige Verstaatlichung der Produktionsmittel aus, sondern der Verzicht auf das Steuerungsmittel spontan gebildeter relativer Preise, an dessen Stelle die staatl. Planung tritt. Die Realisierung maximaler Mittel-Effizienz in techn.-ökonom. Prozessen ist in der zentralverwalteten P. ein wichtiges, aber nachgeordnetes Ziel. **Planwirtschaftl. Steuerung erfolgt im Namen polit. oder militär. Ziele und Visionen, die rein wirtschaftl. Überlegungen ausdrücklich übergeordnet werden.**

In der P. der kommunist. Staaten - in der UdSSR ab Ende der 1920er Jahre, in den osteurop. Staaten nach dem 2. Weltkrieg - kontrollierte der Staat auch die sozialisierten und kollektivierten Produktionsmittel, weshalb die Lenkung des Wirtschaftsgeschehens durch die staatl. Bürokratie sehr stark war. Eine solche bürgerl. Freiheitsrechte einschränkende Kommandowirtschaft wurde in der Schweiz von allen grossen polit. Kräften abgelehnt; die Hervorhebung ihrer Defizite war während des Kalten Krieges fester Bestandteil des vorherrschenden [Antikommunismus](#).

In europ. Staaten mit liberaler Verfassung wurde eine im engeren Sinne politisch motivierte planwirtschaftl. Einschränkung der Steuerungsfunktion des Marktes am ausgeprägtesten im Rahmen der [Kriegswirtschaft](#) betrieben. Während des 2. Weltkrieges wurden auch in der Schweiz Nahrungsmittelproduktion und -zuteilung, Rohstoffversorgung, Arbeitsmarkt, Erwerbsersatz für die Wehrmänner, Preisbildung und Aussenhandel teilweise staatlich reguliert. Die Eingriffe des Staates waren allerdings weniger einschneidend als in den Krieg führenden Ländern. Die in der Schweiz nach dem 2. Weltkrieg entstehende [Agrarpolitik](#), im Grunde eine Fortsetzung der [Wirtschaftlichen Landesversorgung](#), trug stark planwirtschaftl. Züge. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde die wirtschaftl. Sonderstellung der Landwirtschaft wieder reduziert, aber nicht beseitigt.

6.4 Merkantilismus Staatsinterventionismus

*Das **Ölflecktheorem** (auch **Ölflecktheorie**) ist eine ökonomische These über die Wirkung von [staatlichen Eingriffen](#) in einen [Markt](#). Sie besagt, dass ein einzelner staatlicher Ersteingriff in den Wirtschaftsprozess sich immer weiter ausdehnende Folgeeingriffe in das Wirtschaftssystem und letztlich eine Interventionsspirale nach sich zieht.*

[\[http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96lflecktheorem\]](http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96lflecktheorem)

- <http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsinterventionismus>

7. Andere Alternativen

7.1 Autonome Subsistenzwirtschaft (Aussteigermodell)

Hier wirkt ein anderes Belohnungssystem als Geld: Zeit zurückgewinnen / Freiheit nicht durch Geld, sondern durch Unabhängigkeit, gerade auch vom Markt, von Produktion und Konsum.

*Man muss nur an nicht-merkantile Berufe denken, um die Bedeutung zu sehen, die mit **anderen Erfolgskriterien** verknüpft sein kann, - **Ruhm für den Soldaten, Erleichterung vom Leiden für die Krankenschwester, Anerkennung für den Wissenschaftler, Ruhm für den Schauspieler** - um zu bemerken, dass jedes bisschen Belohnung ebenso mächtig sein kann wie Geld. **Während der Arme keine andere Wahl hat als Geld zum Überleben zu verlangen, verlangt es der Reiche in erster Linie deshalb, weil es das Zeichen für Erfolg, Status und Ansehen ist. Die Leidenschaft, mit der unsere Konservativen an ihrem Glauben an die Effektivität und Notwendigkeit des Heils durch monetäre Motivation festhalten, muss noch erklärt werden. Für das Kapital ist das Maß für den Erfolg seine Selbstexpansion, das ist in der Tat sein raison d'être. Sein Erfolgskriterium ist notwendigerweise monetär.***

7.2 Volks-Wirtschaft

Kosten, die sich aus der Wirtschaftstätigkeit ergeben, und bisher entweder die natürliche Umwelt, nicht regenerierbare Ressourcen, die Gesellschaft, den Staat - oder das individuelle Glück eines beträchtlichen Anteils der Gesellschaft belasteten, müssen in die Kalkulation der Wirtschaftlichkeit mit einbezogen werden.

Ansatzweise wurde dies realisiert im Modell das Hans Ulrich Ende der 60er an der Wirtschaftshochschule St. Gallen vorgeschlagen hat. Gewinnmaximierung um jeden Preis war hier nicht mehr das Ziel, sondern "**Gewinn unter Nebenbedingungen**". Der totalen Mathematisierung der Wirtschaftslehre war aber nicht aufzuhalten. Fredmund Malik, dem die Nachfolge auf Ulrichs Lehrstuhl verwehrt blieb, entwickelten das Modell weiter ausserhalb der Hochschule. Im

erfolgsgetriebenen Universitätsleben von heute führen solche Ansätze zum Ausschluss. Malik bezeichnet denn auch die **Universitäten**, oder zumindest ihre **Abteilungen**, als *Institutionen zur mehrfachen Brechung des intellektuellen Rückgrats*. (eigene Erfahrungen mit Dissertation).

7.3 Partizipative Oekonomie / Kommunalismus etc.: s. Beitrag No 12

- <http://de.wikipedia.org/wiki/Parecon>

FAZIT:

Auch wenn wir Märkte nicht planerisch beherrschen und besser organisieren können, auch wenn es leider immer noch zutrifft, das wir für die Organisation unserer komplexen Gesellschaft kein besseres Koordinationsinstrument als den Markt haben - eines was wir sicher tun können und tun müssen ist, den **Zielmonopolismus zu bekämpfen**. Menschen orientieren sich an Zielen, an Werten, die oft als Wünsche formuliert werden. Dies ist ein, in Märchen und Geschichten, weit verbreitetes Topos, das die Notwendigkeit einer Zielvarianz belegt: *Sei vorsichtig mit Deinen Wünschen, denn sie könnten sich erfüllen!* Für Orientierung vielleicht noch wichtiger als Wünsche ist der innere Auftrag, der ethische Auftrag: Du sollst. Auch dieser darf sich nicht monopolistisch durchsetzen: *Unterscheiden Sie zwischen Sein und Sollen - aber vernachlässigen Sie keines von beiden, denn es sind zwei Enden der selben Wurst.*

Martin Herzog, Basel, 2.6.09